

Eine internationale Sicherheitskonferenz?

In der französischen Presse wird jetzt davon gesprochen, daß der neue französische Ministerpräsident **Painlevé** und Außenminister **Briand** sich demnächst nach London begeben wollen, um mit der englischen Regierung über die deutschen Sicherheitsvorschläge zu verhandeln. Briand soll zu direkten Verhandlungen mit Deutschland bereit sein. Obwohl die Richtigkeit dieser französischen Meldungen noch keineswegs feststeht, nimmt man in den Berliner diplomatischen Kreisen an, daß diese Bestrebungen vorhanden sind und die Abhaltung einer Konferenz zum Ziele haben. Die Reichsregierung ist zwar nicht darüber unterrichtet, welche Absichten die alliierten Regierungen im einzelnen hegen, denn bis nach der Präsidentenwahl werden keine offiziellen Erörterungen mehr stattfinden. Immerhin glaubt man in Berlin an die Wahrscheinlichkeit einer alsbald einzuberufenden internationalen Konferenz, an der voraussichtlich alle Mächte teilnehmen werden, die an der Sicherheitsfrage direkt interessiert sind. Man kann sich jedenfalls nicht vorstellen, daß ein so wichtiges Problem wie die Sicherheitsfrage auf anderem Wege gelöst werden könnte als auf einer allgemeinen Konferenz, zu der Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied hinzugezogen werden müßte.

Wann eine solche Konferenz zustande kommen wird, läßt sich überhaupt noch nicht voraussagen. Der bisherige Verlauf der Unterhandlungen hat gezeigt, daß es außerordentlich schwierig sein wird, eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage zu finden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß auf der Gegenseite eine gewisse Neigung besteht, auf die deutschen Vorschläge einzugehen, so tauchen doch immer wieder neue Momente auf, die ein Zustandekommen der notwendig werdenden Verständigung außerordentlich stark in Frage stellen. Erst jetzt wieder hat sich gezeigt, daß Polen und die Tschechoslowakei den Versuch unternehmen wollen, die alliierten Regierungen für Pläne zu gewinnen, zu denen die deutsche Regierung niemals ihre Zustimmung geben kann. Einen wirklichen Erfolg wird eine Konferenz nur dann erzielen können, wenn der deutsche Standpunkt Berücksichtigung findet, wonach über einen Sicherheitspakt im Westen getrennt verhandelt werden muß und erst nach dessen Zustandekommen überhaupt erst die Frage erwogen werden kann, mit den Ostmächten in ganz gesonderte Verhandlungen einzutreten.

Ein wichtiges Moment scheint neuerdings darin gegeben zu sein, daß die französische Diplomatie die Forderung fallen lassen will, wonach Deutschland zunächst in den Völkerbund eintreten müßte, ehe man mit ihm Verhandlungen über den Sicherheitspakt führen könnte. Ursprünglich hatte die Regierung **Herriot** diese Forderung aufgestellt und in gewisser Hinsicht auch die Unterstützung des englischen Außenministers **Chamberlain** gefunden. Dabei hat sich aber gezeigt, daß die deutsche Regierung schwerlich darauf warten kann, bis die Völkerbundsfrage gelöst ist, denn schließlich ist die Sicherheitsfrage weit dringlicher als das Völkerbundsproblem, das ebenfalls noch ernste Schwierigkeiten bereiten wird. Wenn der Sicherheitspakt vor der

Lösung der Völkerbundsfrage zustande kommt, so würde dies insofern eine sehr erfolgreiche Wendung darstellen, als dann die deutsche Regierung in der Lage sein würde, auf Grund eines gesicherten Friedensabkommens den Eintritt in den Völkerbund zu bewerkstelligen. Wenn man anders verfahren würde, so bestände die ernste Gefahr, daß Völkerbund und Sicherheitsfrage miteinander verquirlt werden und die Schwierigkeiten überhand nehmen können. Wenn es zu einer Konferenz kommen soll, so wird die Reichsregierung in höchstem Grade daran interessiert sein, alles zu tun, um das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes zu fördern, der auch für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung ist.

In London noch nichts bekannt.

Aus London wird gemeldet: Von der Absicht **Briands**, nach London zu kommen, ist an maßgebenden Stellen noch nichts bekannt, obwohl die Nachricht viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Der Außenminister **Chamberlain** ist gestern nur auf einen Tag nach London gekommen, um an der Ministerkonferenz teilzunehmen, hat sich aber inzwischen wieder aufs Land begeben. Er wird wahrscheinlich erst Anfang oder Mitte der nächsten Woche nach London zurückkehren. Das bedeutet, daß man in London zunächst keine großen Entscheidungen zu treffen beabsichtigt und daß auch auf dem Gebiete der Außenpolitik völlige Ruhe herrscht.

Was die deutsche Präsidentenwahl anbelangt, so läßt sich das schon früher Berichtete dahin ergänzen, daß man dem deutschen Wahlergebnis mit völliger Gelassenheit und Ruhe entgegensteht. Auch in den Kreisen, die zeitweise eine gewisse Unruhe wegen der möglichen Wirkung einer Wahl Hindenburgs auf die französische öffentliche Meinung verbreiten haben, ist eine Beruhigung eingetreten. Dies geht zweifellos aus der großen Zurückhaltung, die sich die englische Berichterstattung in der letzten Woche auferlegt hat, hervor.

Herriots Antrittsrede in der Kammer.

Herriot hat gestern nachmittag die übliche Antrittsrede als Kammerpräsident gehalten, in der er u. a. sagte, er könne trotz aller Unparteilichkeit nicht außer Acht lassen, daß er aus der am 1. Mai erwähnten Mehrheit hervorgegangen sei, deren Aufgabe es sei, das überkommene Programm energisch fortzusetzen. Ich bleibe, sagte **Herriot**, weiter dem Kartell, dessen Bildung meine Freunde und ich hervorgerufen haben, von Herzen treu und heute erkläre ich feierlich, bemüht zu sein, von diesem Blatte aus meine Anschauungen mit der Achtung von Ihrer politischen Überzeugung in Einklang zu bringen. Unparteilichkeit ist die wesentlichste Pflicht eines Präsidenten. Die Kammer hat zweifellos jetzt den Wunsch, in Ruhe zu arbeiten. Ermöglichen Sie mir, erprobte Zusammenarbeiten herbeizuführen. Der Redner der Mehrheit beantragte, öffentlichen Anschlag der Rede. Darüber wird morgen abgestimmt werden.

Biersteuer waren unter anderem Bayern, Sachsen und Baden, gegen die Tabaksteuer Sachsen, Hessen und Baden. Des weiteren wurde der Gesekentwurf über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden angenommen. Dagegen stimmten Bayern und Sachsen. Als letztes der Steuerentwürfe wurde dann der Gesekentwurf über den Finanzausgleich beraten. Der Reichsrat nahm einen sächsischen Antrag an, den Gesamtbeitrag der den Ländern zu überweisenden Steuern zu einem Drittel nach dem Aufkommen der Einkommensteuer und für das zweite Drittel nach der Bevölkerungszahl zu berechnen.

Der Reichsfinanzminister behandelte dann die Verteilung des Steueraufkommens an die Länder. Er stellte fest, daß das Gesetz über den Finanzausgleich in erster und zweiter Lesung verabschiedet worden sei. Die Reichsregierung behalte sich aber vor, in Konsequenz ihres Widerspruchs gegen die Reichsratsbeschlüsse in der Verteilungsfrage, dem Reichstage eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Der Reichsrat beschäftigte sich dann mit den Aufwertungsvorlagen. Bei der Abstimmung wurde der Auschufantrag, der durchweg eine 20prozentige Aufwertung vorschlägt, mit 56 gegen 10 Stimmen bestätigt. Als Termin für die Rückwirkung der Aufwertungsansprüche wurde der 15. März 1922 festgesetzt. Die Vorlage wurde sodann im ganzen angenommen. Zu dem Gesekentwurf über die Ablösung der öffentlichen Anleihen wurde gegen den Widerspruch des Reichsfinanzministers ein preußischer Antrag angenommen, die für alle Besitzer von Kriegsanleihen vorgesehenen besonderen Rechte auf alle Altbesitzer von öffentlichen Anleihen auszudehnen. Der Antrag auf Berücksichtigung der Altbesitzer sämtlicher öffentlicher Marktanleihen wurde mit 45 gegen 19 Stimmen angenommen. Der Abschnitt des Gesetzes, wonach das Reich auf die Länder und Gemeinden einen Zwang zur Aufwertung ausübt, wurde mit der notwendigen qualifizierten Mehrheit angenommen, und zwar mit 53 gegen 11 Stimmen. Reichsfinanzminister **Dr. v. Schlieffen** schloß darauf die Sitzung mit der Feststellung, daß die Aufwertungsgesetze in erster und zweiter Lesung angenommen worden seien.

Politische Tageschau.

Der deutsch-rumänische Konflikt. Wie wir hören, ist der deutsch-rumänische Konflikt immer noch nicht beigelegt. Da die Reichsregierung abwartet, daß die strittigen Fragen auf schiedsgerichtlichem Wege erledigt werden, wird sie es ablehnen, auf etwaige Ver-

handlungswünsche Rumäniens einzugehen, das neuerdings das Bestreben zeigt, direkte Abmachungen mit Deutschland zu treffen und ein Schlichtungsverfahren zu vermeiden. Wie es scheint, haben die Alliierten der rumänischen Regierung nahegelegt, sich mit Deutschland direkt zu verständigen, so daß immer neue Verhandlungswünsche aus Bukarest gemeldet werden.

Polen.

Kein Eintritt Polens in die Kleine Entente. Die Verhandlungen Benešs über den Eintritt Polens in die Kleine Entente haben zu keinem Ergebnis geführt, da ein Beitritt Polens sowohl der Kleinen Entente als auch Polen selbst große Schwierigkeiten verursacht hätte. Beneš erklärt hierzu in einer Rede, daß die Kleine Entente mit Polen jeweils freundschaftlich zusammenarbeiten werde, daß jedoch von einem Eintritt Polens in die Kleine Entente keine Rede sein könne.

Italien.

Mussolinis Heeresreform. Ministerpräsident **Mussolini** hat mit den beiden Präsidenten der Parlamente Vereinbarungen getroffen, daß die Wiedereröffnung des Senates am 5. Mai und die der Kammer am 16. Mai erfolgt. Der Senat und die Kammer werden sich mit der von einer Militärkommission unter dem Vorsitz **Mussolinis** ausgearbeiteten neuen Heeresreform befassen. **Mussolini** verhandelt außerdem mit dem Marineminister und dem Generalstabschef des Heeres und der Marine über die Neuordnung der Luftflotte. Es ist zu diesem Zwecke die Bildung eines Fliegerministeriums geplant.

Rußland.

Bauernkonferenz in Petersburg. In Petersburg fand eine Konferenz der neugewählten Bauerndelegierten des Petersburger Gouvernementsrats statt, auf der **Snowjew** den Vorsitz führte. Nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden wies die Bauern in ihren Reden auf die schwierige Lage der russischen Dörfer hin, das durch Steuern und Lebensmittelabgaben belastet sei. Zum Schluß forderten die Delegierten von der Regierung Fürsorge für die ländlichen Genossenschaften sowie Gleichstellung derselben mit den Arbeiter-Genossenschaften in den Städten.

Portugal.

Zu den Unruhen in Lissabon. Die portugiesische Regierung hat von der Kammer die Ermächtigung erhalten, die in der Verfassung garantierte persönliche Freiheit der Bürger und andere Bestimmungen der Verfassung für 14 Tage in Lissabon aufzuheben.

Die Urteilsverkündung im Tschekaprozess

Die auf 10 Uhr vormittags angelegte Urteilsverkündung im Tschekaprozess erfuhr eine erhebliche Verspätung. Presse und Publikum waren wieder außerordentlich stark vertreten. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen waren von der Polizei angeordnet. Das Betreten des Saales war nur nach dreifacher Kartierung möglich. Erst gegen 11 Uhr wurden die Angeklagten in den Saal geführt. Kurz darauf betrat auch der Gerichtshof den Saal. Senatspräsident **Nieder** ergriff sofort das Wort zu einer längeren Erklärung. Kurz nach 12 Uhr wurde eine kleine Pause eingelegt. Nach dieser Eröffnung der Sitzung protestierte der Angeklagte **Heintich** Hule gegen die Ausführungen des Senatspräsidenten und forderte die sofortige Urteilsverkündung. Um 12 Uhr verkündete Senatspräsident **Nieder** folgendes Urteil:

Es wurden verurteilt: **Neumann** zum Tode, acht Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe; **Stobiewsky** zum Tode, zwölf Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet; **Boege** zum Tode, sieben Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe; **Margies** fünfzehn Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren, Stellung unter Polizeiaufsicht; **Szon** acht Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe; **Neus** drei Jahre Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe; **Wörner** ein Jahr neun Monate Zuchthaus, 200 Mark Geldstrafe; **Rönig** drei Jahre sechs Monate Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe; **Diener** fünf Jahre ein Monat Zuchthaus, 100 Mark Geldstrafe; **Wanzer** sechs Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe; **Kuhls** zwei Jahre drei Monate Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; **Hule** zwei Jahre neun Monate Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe; **Zutorf** ein Jahr sechs Monate Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe; **Vesnyh** ein Jahr Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe; **Ycau Vesnyh** vier Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe und **Hallup** zwei Jahre Gefängnis, 200 Mark Geldstrafe.

Die Angeklagten nahmen das Urteil mit Hochrufen auf die Internationale auf. Von einigen anwesenden Zuschauern wurden den Angeklagten rote Ketten zugeworfen. Als die Angeklagten den Saal verließen, rief jeder einzelne: „Hoch Mostau, auf Wiedersehen Ihr Genossen!“ Diese Rufe wurden von einigen Zuschauern stark erwidert, so daß sich die Gerichtsbehörde veranlaßt sah, die eventuelle Inhaftnahme dieser Personen bei wiederholten Fällen in Aussicht zu stellen. Trotzdem wurden wiederholt Zurufe gemacht, so daß schließlich auch ein anwesender Zuschauer in Haft genommen werden mußte.

Der Widerhall des Todesurteils.

London, 23. April. (Eig. Funkmeldung.) Die Todesurteile im Tschekaprozess haben in England großes Aufsehen erregt. Die Presse weist darauf hin, daß das Urteil eine sofortige Rückwirkung auf die deutsch-deutschen Beziehungen haben werde. Die Sowjetregierung werde nicht müßig zusehen, wie das Hauptquartier für bolschewistische Aufstände müsse den anderen Staaten als warnendes Beispiel dienen.

Der Kontrollbericht.

Der britische Generalstab ist noch damit beschäftigt, den zweiten Bericht des **Marshall's** **Foch** über die deutsche Abrüstung zu prüfen. Wahrscheinlich werden die wesentlichsten Teile dieses Dokumentes, nachdem sie die Zustimmung der alliierten Regierungen gefunden haben, mit einer begleitenden Note in Berlin überreicht werden. Die Engländer scheinen der Meinung zu sein, daß einige Forderungen der französischen Militärs etwas zu kategorisch seien. Der Bericht im ganzen wird in keiner Weise alarmierend oder sonst ernsten Charakteres sein. Es ist von Interesse, zu hören, daß zwei der fleißigsten Offiziere des **Marshall's** **Foch** der Ansicht sind, daß Frankreich von Deutschland wenigstens während der nächsten zehn Jahre keine ernst zu nehmende militärische Gefahr drohe. Unter dieser Voraussetzung — das ist die englische Meinung — müßte die europäische Diplomatie während der nächsten Zeit ihre große Aufgabe darin erblicken, die vielen Reibungspunkte zwischen Deutschland und Polen durch ein Abkommen zu beseitigen.

Steuer- und Aufwertungsfragen.

Der Reichsrat trat gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers von **Schlieffen** in einer stark besuchten Vollversammlung zusammen, um die Entscheidung über die von der Regierung vorgelegten Steuer- und Aufwertungsgesetze zu treffen. Als erstes wurde das Steuerüberleitungs-gesetz ohne wesentliche Änderungen angenommen. Dann wurde das Einkommensteuergesetz in der Ausschufassung angenommen, ebenso das Körperschaftsteuergesetz. Das Reichsbewertungsgesetz fand Annahme gegen die Stimmen Bayerns. Ohne wesentliche Änderungen wurde dann auch dem Vermögenssteuergesetz zugestimmt. Im Umsatzsteuergesetz erhöhte der Reichsrat die Grenze für die vorgesehene Befreiung von 5000 auf 10 000 Mark. Beim Gesekentwurf zur Änderung der Händlersteuer hatte der Reichsratsausschuß beschlossen, die Börsenumsatzsteuer bei Industrieobligationen weiter herabzusetzen. Die Besteuerung des Devisenverkehrs wurde auf einen Pfennig für 100 Mark festgelegt. Ferner ist eine Erhöhung der Wechselsteuer beschlossen worden. Bei der Grunderwerbsteuer sollte der Steuerfuß, wenn es sich um den Erwerb von neuen Grundstücken für ausländische Kapitalgesellschaften handelt, von 4 auf 3 v. H. herabgesetzt werden. Die Ausschufbeschlüsse wurden trotz Widerspruches des Finanzministers gegen die Stimme Braunschweigs angenommen und dann auch die Gesekentwürfe über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Gegen die

